



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder  
des Innenausschusses

60-fach



20. November 2017

Seite 1 von 6

Telefon 0211 871-3292

Telefax 0211 871-3231

**Sitzung des Innenausschusses am 23.11.2017**  
**Antrag der Fraktion der SPD vom 10.11.2017**  
**„Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Situation am Kölner Ebertplatz zu entschärfen?“**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich 60 Exemplare des schriftlichen Berichtes zum TOP „Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Situation am Kölner Ebertplatz zu entschärfen?“.

Mit freundlichen Grüßen

  
Herbert Reul

Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz





**Schriftlicher Bericht**  
**des Ministers des Innern**  
**für die Sitzung des Innenausschusses am 23.11.2017**  
**zu dem Tagesordnungspunkt**  
**„Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Situation am Kölner**  
**Ebertplatz zu entschärfen?“**

Antrag der Fraktion der SPD vom 10.11.2017

**Frage:** *Wie sieht das Konzept der Polizei im Hinblick auf den Kölner Ebertplatz aus und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um die Situation auf dem Platz schnell und wirksam wieder in den Griff zu bekommen?*

Das Polizeipräsidium Köln hat - in Zusammenarbeit mit der zuständigen kommunalen Ordnungsbehörde der Stadt Köln - ein umfassendes, gemeinschaftliches Konzept zur Entschärfung der Situation an Brennpunkten, so auch dem Ebertplatz, entwickelt.

Dieses ist Teil des direktionsübergreifenden polizeilichen Präsenz- und Sicherheitskonzeptes, welches als übergeordnetes Ziel die Verbesserung der objektiven Sicherheit aufweist. Hierbei wird das Polizeipräsidium Köln regelmäßig von Kräften der Bereitschaftspolizei unterstützt.

Bekannte Brennpunkte im Zuständigkeitsbereich aller Polizeiinspektionen werden in diesem Konzept berücksichtigt und die - kurzfristige - Reaktion auf weitere Kriminalitätsbrennpunkte sichergestellt.

Es wird intensiv und personenorientiert gegen Tätergruppierungen vorgegangen.

Eine niedrige Einschreitschwelle geht hierbei einher mit einer starken Erhöhung des Kontrolldrucks.

So wurde auch auf die Steigerung der Kriminalitätszahlen im Bereich des Ebertplatzes reagiert.

Aktuell trifft die Polizei folgende Maßnahmen:

- Offensive Präsenz durch lageangepassten und flexiblen Einsatz von uniformierten Polizeikräften
- Gemeinsame Streifen mit dem Ordnungsamt der Stadt Köln



- Offene und verdeckte Maßnahmen durch zivile Polizeikräfte
- Regelmäßige Razzien (auch in Zusammenarbeit mit den Netzwerkpartnern)
- Zielgerichtetes Initiieren von Ermittlungsverfahren und priorisierte Bearbeitung unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten
- Platzverweise und Verfügungen von Bereichsbetretungsverboten
- ED-Behandlungen (Fast-ID)

Die Einrichtung einer Videobeobachtung für den Bereich Ebertplatz wird derzeit unter technischen, rechtlichen und haushalterischen Aspekten geprüft. Nach einer ersten Bewertung des Polizeipräsidiums Köln liegen grundsätzlich die rechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung einer Videobeobachtung im Bereich des Ebertplatzes vor.

**Frage: *Wie verläuft die entsprechende Zusammenarbeit der Polizei mit den Verantwortlichen der Stadt Köln in dieser Angelegenheit und welche gemeinsamen Maßnahmen sind hier zur Verbesserung der Sicherheit am Ebertplatz geplant?***

Die Zusammenarbeit des Polizeipräsidiums Köln mit den Verantwortlichen der Stadt Köln verläuft konstruktiv, zielorientiert und ist von einem regelmäßigen Austausch geprägt.

Dies spiegelt u. a. der einberufene Orts- und Besprechungstermin vom 23.10.2017 wider, der zwischen Herrn Stadtdirektor Dr. Stephan Keller und Herrn Polizeipräsident Uwe Jacob stattgefunden hat.

Ergebnis dieses Treffens ist u.a. die Einrichtung von Arbeitsgruppen zur Abstimmung von Maßnahmen auf fachlicher Ebene in Bezug auf „bauliche Umgestaltungen der Platzfläche“, „operatives Handeln“ sowie die „Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten“.

Eine erste Beratung der Arbeitsgruppenmitglieder durch das Polizeipräsidium Köln zum Thema städtebaulicher Veränderungen hat am 13.11.2017 vor Ort stattgefunden. Ziel ist - unter Einbeziehung weiterer Netzwerkpartner - die Erstellung eines Gesamtkonzeptes sowohl für eine Interimslösung als auch für die langfristige bauliche Umgestaltung der Platzfläche. Diesbezüglich liegen der Stadt Köln nunmehr kriminalpräventive Empfehlungen des Kommissariats für Kriminalprävention und Opferschutz vor.



Ferner fand am 14.11.2017 auf Initiative des Polizeipräsidiums Köln ein Treffen mit Vertretern des Ausländeramtes der Stadt Köln, der Justiz, der Bundespolizei und der Bezirksregierung Köln zur Abstimmung der ausländerrechtlichen Maßnahmen statt.

Auf operativer Ebene werden zur kurzfristigen Verbesserung der Sicherheit bereits gemeinsame Streifen mit dem Ordnungsamt der Stadt Köln für den Bereich Ebertplatz eingesetzt (vgl. Antwort zu Frage 1).

**Frage: Welche Maßnahmen muss die Stadt Köln aus Sicht der Polizei ergreifen, um die Situation am Ebertplatz signifikant zu verbessern und die Polizei in ihrer Arbeit zu unterstützen?**

Die baulichen Gegebenheiten des Ebertplatzes begünstigen die dortige Kriminalität. Der Platz ist so verwinkelt konstruiert, dass vor Ort nicht die gesamte Fläche überblickt werden kann.

Eine urbane Umgestaltung sowie die Verbesserung der Beleuchtungssituation auf der Platzfläche, der unterirdischen Zugänge und Ladenzeile sowie der angrenzenden Grünflächen und des Parkgeländes am Theodor-Heuss-Ring unterstützen die polizeilichen Maßnahmen auch bei Dämmerung und Dunkelheit.

Potentielle Täter und Taten können frühzeitig erkannt bzw. nach Tatbegehung besser verfolgt und identifiziert werden. Hierdurch kann die Täterklientel verunsichert werden. Passanten und mögliche Opfer von Straftaten können Gefahrensituationen vorzeitig erfassen und ausweichen.

Die Beleuchtung wird seitens der Stadt Köln in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Energieversorger Rhein-Energie bereits seit Anfang November 2017 kontinuierlich verbessert.

Im gleichen Kontext ist ein weiterer Rückschnitt der Grünanlagen zu sehen. Zusätzlich können durch diese Maßnahmen die Nutzung der Bepflanzung als Drogendepots eingeschränkt werden.

Eine ordnungsbehördliche Kontrolle des Bereichs und die Prüfung von konzessionsrechtlichen Maßnahmen der einschlägigen Lokalitäten unterstützen die polizeilichen Maßnahmen, wie Erfahrungen aus der Ordnungspartnerschaft Ringe (OPARI) gezeigt haben. Erste gemeinsame



Maßnahmen in Form von Razzien und gemeinsamen Streifen mit dem Amt für öffentliche Ordnung der Stadt Köln sind bereits erfolgt. Es ist beabsichtigt, diese fortzuführen und auszuweiten.

Seite 5 von 6

**Frage:** *Wie soll bei einer verstärkten Polizeipräsenz am Ebertplatz vermieden werden, dass sich die insbesondere die Drogenszene an andere Plätze im Kölner Stadtgebiet verlagert?*

Insbesondere im Bereich der Betäubungsmitteldelikte ist erfahrungsgemäß eine Verlagerung von Teilen der Dealer- und Konsumentenszene bei verstärkten polizeilichen Maßnahmen zu erwarten.

Bei entsprechenden Erkenntnissen werden an den identifizierten neuen Aufenthaltsorten konsequente polizeiliche Maßnahmen und Kontrollen bis hin zu polizeilichen Betretungsverboten vollzogen.

Grundsätzlich verfolgt das Polizeipräsidium Köln dabei einen personenbezogenen Ansatz zur Bekämpfung der identifizierten Täter. Insbesondere Mehrfachtäter sind hierbei im Visier polizeilicher Maßnahmen.

**Frage:** *Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über den ausländerrechtlichen Status der oftmals polizeibekanntes Täter und welche Möglichkeiten sieht sie für aufenthaltsbeendende Maßnahmen?*

Der ausländerrechtliche Status eines Tatverdächtigen wird im Einzelfall in Verbindung mit dem originär zuständigen Ausländeramt geprüft. Im Rahmen einer polizeilichen Überprüfung von nichtdeutschen Personen erfolgt -soweit geboten- eine Abfrage im Ausländerzentralregister. Der Umfang der insoweit übermittelten Daten ist mit dem Gesetz über das Ausländerzentralregister normiert. Die Bewertung der Möglichkeit aufenthaltsbeendender Maßnahmen obliegt der originär zuständigen Ausländerbehörde, die zeitnah über kriminalpolizeiliche Ermittlungsergebnisse informiert wird.

Ziel der Landesregierung ist es, Personen, die hier Straftaten begehen zügig in ihr Heimatland zurück zu führen. Dazu gehört neben einer Beschleunigung des Asylverfahrens auch eine effektive und konsequente



Rückführung. Dazu braucht es aber auch wirksame Rückübernahmeabkommen insbesondere mit Ländern, mit denen eine Kooperation schwierig ist. Hier muss die Bundesregierung zu robusten Vereinbarungen mit den Herkunftsstaaten kommen, damit Abschiebungen konsequent erfolgen können. Dies ist eine Aufgabe, die die nächste Bundesregierung angehen muss.

In den entsprechenden Fällen ist den Ausländerbehörden der Aufenthaltsstatus bekannt. Soweit die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, werden die Rückführungsverfahren mit höchster Priorität durch diese Behörden betrieben.

**Frage:** *Sind der Landesregierung aktuell weitere Orte und Plätze in Köln oder in anderen nordrhein-westfälischen Kommunen bekannt, die mit der Situation am Ebertplatz vergleichbar sind und welche Orte/Plätze sind dies im Einzelnen?*

Über den Ebertplatz hinaus sind in Köln und anderen nordrhein-westfälischen Kommunen weitere „gefährliche Orte“ im Sinne des Polizeigesetzes NRW definiert.

Ich verweise hierbei auf die Beantwortung der Kleinen Anfragen Nr. 1946 (LT-Drs. 16/5190), 2451 (LT-Drs. 16/6521), 2610 (LT-Drs. 6823) und 5705 (LT-Drs. 16/14861).

**Fazit der Landesregierung:**

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass nur ein Zusammenwirken aller Akteure und ein gemeinschaftlicher Ansatz zwischen Polizei, Kommune und weiteren Ordnungspartnern langfristig etwas bewirken kann. Die bereits getroffenen polizeilichen und kommunalen Maßnahmen greifen ineinander, ergänzen sich und erscheinen geeignet, die Situation auf dem Ebertplatz nachhaltig in den Griff zu bekommen.